



BI Gumtow gegen Tierfabrik

c/o Helmut Adamaschek, Luisenhof 1, 16866 Dannenwalde und Kathrin Voigt, Dannenwalder Straße 1 B 16866 Gumtow

Pressemitteilung:

Gemeinsam gegen industrielle Tierhaltung?

Der Kreisbauernverband Prignitz beklagt in zwei großen Artikeln im ‚Prignitzer‘ und in der ‚Märkischen Allgemeinen‘, die Landwirte stünden wegen der Massentierhaltung unter Generalverdacht. Lobbyisten führten eine Medienkampagne gegen die Landwirtschaft. Man wolle sich aber der Diskussion mit größtmöglicher Transparenz stellen und fordere die Bürger auf, sich selbst ein Bild zu machen. Denn jeder der sie kritisiere, sollte sich zuerst einmal überhaupt informieren.

Wir begrüßen die Initiative des Kreisbauernverbands sehr. Ohne dass alle Beteiligten offen miteinander reden, wird man nicht zu Tierhaltungsanlagen „im Einklang mit den Bürgern“ kommen. Dazu gehört aber zunächst, drei Aussagen des Vorstands des Kreisbauernverbands richtigzustellen:

1. Es wird keine Medienkampagne geführt, erst recht nicht von Lobbyisten. Anträge, Genehmigungen, Förderung und Bau von industriellen Massentieranlagen außerordentlicher Dimensionen haben Bürger auf den Plan gerufen, die sich gegen deren Gefahren und Belastungen wehren. Natürlich tun sie dies über die Medien, natürlich schließen sie sich auch zusammen, natürlich versuchen sie, auf die Politik Einfluss auszuüben. Wie stellt sich der Bauernverband Demokratie von unten und Bürgerengagement vor? Umgekehrt: Man google einmal zugleich die Namen des brandenburgischen Landwirtschaftsministers und des Vorsitzenden des Landesbauernverbandes, dann hat man ein bisschen Stoff, sich Gedanken über Lobby-Politik in Brandenburg zu machen.

2. Die Bürger sind in hohem Maße informiert. Sie arbeiten die Antragsunterlagen der Betreiber, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und zahlreiche Gutachten zu Belastungen und Gefahren durch Art und Umfang der beantragten Tierhaltung minutiös durch. Ohne eine hochgradige Sachkenntnis hätten sie in den Genehmigungsverfahren nicht den Hauch einer Chance. Dabei haben sie als Belastete und Gefährdete zwangsläufig einen anderen Blickwinkel als die Betreiber solcher Anlagen, bei denen naturgemäß die Ökonomie dominiert. Auch der Blick auf die Tiere unterscheidet sich, wenn man fragt, welche Konzessionen man aus ökonomischer Sicht an den Tierschutz und umgekehrt aus Tierschutzsicht an die Ökonomie machen muss.

3. Der zentrale Punkt ist: Hier geht es nicht „gegen die Landwirtschaft“. Die Bürger in West- und Ostprignitz sind aufgestanden gegen geplante Anlagen ungeheurer Größe, die in keiner Weise für „die Landwirtschaft“ stehen. Sie sind der Region fremd und sollen ihr mit Fördermitteleinsatz der Landesregierung und auch ideeller Schützenhilfe des Landesbauernverbands aufgedrückt werden. Leider ist in keiner Weise ersichtlich, dass sich zumindest der Kreisbauernverband zusammen mit den Bürgern gegen diese industrielle Massentierhaltung stellt. Stattdessen identifiziert er sich offensichtlich und ohne jede Not mit ihr und bezieht folglich alle Gegenwehr auf „die Landwirtschaft“ generell. Das geht aber an der Sache und einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Ziel von Tierhaltung im Einklang mit den Bürgern vollständig vorbei. Industrielle Massentierhaltung ist nicht „die Landwirtschaft“ in der Prignitz, und alle, Bürger, Landwirte und Politiker sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, dass sie das auch nie wird, und dass die Förderung und Genehmigung solcher Anlagen so schnell wie nur irgend möglich gestoppt wird.

Sie zu stoppen ist dringend geboten v.a. aus Gründen des Tierschutzes, der Gesundheitsgefährdung durch die Verbreitung von Keimen in Luft, Boden und Wasser, zur Verhinderung der Entstehung weiterer Antibiotika-Resistenzen, zur Erhaltung der Lebensqualität in den Dörfern und, wie wir meinen, auch zum Schutz der wirtschaftlichen Existenz der ortsansässigen landwirtschaftlichen klein- und mittelständischen Betriebe. Es müsste unmittelbar einsichtig sein, dass alle diese Probleme mit der Größe der Anlagen wachsen.

Wir bitten den Kreisbauernverband sehr, sich zusammen mit Bürgern und Politikern der Region nachdrücklich für eine Änderung der Förderbedingungen für Investitionen in Tierhaltungsanlagen in Brandenburg einzusetzen mit dem Ziel, a) die Haltungsbedingungen der Tiere zu verbessern und b) die Größen geförderter Anlagen nach oben zu begrenzen. Hierzu braucht Brandenburg nur dem Beispiel einer Reihe von anderen Bundesländern zu folgen.

Dazu gehört insbesondere, keine Anlagen mehr zu fördern, die lediglich die gegenwärtigen gesetzlichen Mindeststandards erfüllen. Die Landesregierung nennt das „Basisförderung“ und gewährt hierfür bereits eine 20 %ige Förderung. In mehreren anderen Bundesländern wird es nur noch das geben, was in Brandenburg „Premiumförderung“ genannt wird, eine Förderung für Anlagen mit v.a. mehr Raum für die Tiere. Von ganz großer Wichtigkeit aber auch: Es dürfen keine Anlagen mehr gefördert werden, für die lt. 4. Bundesimmissionschutzverordnung ein Genehmigungsverfahren zur Prüfung möglicher schädlicher Umwelteinwirkungen oder sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile oder erheblicher Belästigungen erforderlich ist. Das sind z.B. Hähnchenmastanlagen für über 30.000 Tiere oder Schweinemastanlagen für über 1.500 Tiere.

Wir folgen auch gerne der Einladung zur Besichtigung von Prignitzer Tierhaltungsanlagen, insbesondere für Geflügel und Schweine. Doch zur Beurteilung der Tier-, Menschen- und Umweltverträglichkeit reichen solche Besichtigungen nicht aus. Es wäre sehr wünschenswert, wenn man sich in einem Informationsaustausch über verschiedene Arten der Tierhaltung und ihre Auswirkungen hinsichtlich Ökonomie, Tiergesundheit und Umweltschutz gemeinsam noch sachkundiger machen könnte.

3. Der zentrale Punkt ist: Hier geht es nicht „gegen die Landwirtschaft“. Die Bürger in West- und Ostprignitz sind aufgestanden gegen geplante Anlagen ungeheurer Größe, die in keiner Weise für „die Landwirtschaft“ stehen. Sie sind der Region fremd und sollen ihr mit Fördermitteleinsatz der Landesregierung und auch ideeller Schützenhilfe des Landesbauernverbands aufgedrückt werden. Leider ist in keiner Weise ersichtlich, dass sich zumindest der Kreisbauernverband zusammen mit den Bürgern gegen diese industrielle Massentierhaltung stellt. Stattdessen identifiziert er sich offensichtlich und ohne jede Not mit ihr und bezieht folglich alle Gegenwehr auf „die Landwirtschaft“ generell. Das geht aber an der Sache und einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Ziel von Tierhaltung im Einklang mit den Bürgern vollständig vorbei. Industrielle Massentierhaltung ist nicht „die Landwirtschaft“ in der Prignitz, und alle, Bürger, Landwirte und Politiker sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, dass sie das auch nie wird, und dass die Förderung und Genehmigung solcher Anlagen so schnell wie nur irgend möglich gestoppt wird.

Sie zu stoppen ist dringend geboten v.a. aus Gründen des Tierschutzes, der Gesundheitsgefährdung durch die Verbreitung von Keimen in Luft, Boden und Wasser, zur Verhinderung der Entstehung weiterer Antibiotika-Resistenzen, zur Erhaltung der Lebensqualität in den Dörfern und, wie wir meinen, auch zum Schutz der wirtschaftlichen Existenz der ortsansässigen landwirtschaftlichen klein- und mittelständischen Betriebe. Es müsste unmittelbar einsichtig sein, dass alle diese Probleme mit der Größe der Anlagen wachsen.

Wir bitten den Kreisbauernverband sehr, sich zusammen mit Bürgern und Politikern der Region nachdrücklich für eine Änderung der Förderbedingungen für Investitionen in Tierhaltungsanlagen in Brandenburg einzusetzen mit dem Ziel, a) die Haltungsbedingungen der Tiere zu verbessern und b) die Größen geförderter Anlagen nach oben zu begrenzen. Hierzu braucht Brandenburg nur dem Beispiel einer Reihe von anderen Bundesländern zu folgen.

Dazu gehört insbesondere, keine Anlagen mehr zu fördern, die lediglich die gegenwärtigen gesetzlichen Mindeststandards erfüllen. Die Landesregierung nennt das „Basisförderung“ und gewährt hierfür bereits eine 20 %ige Förderung. In mehreren anderen Bundesländern wird es nur noch das geben, was in Brandenburg „Premiumförderung“ genannt wird, eine Förderung für Anlagen mit v.a. mehr Raum für die Tiere. Von ganz großer Wichtigkeit aber auch: Es dürfen keine Anlagen mehr gefördert werden, für die lt. 4. Bundesimmissionschutzverordnung ein Genehmigungsverfahren zur Prüfung möglicher schädlicher Umwelteinwirkungen oder sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile oder erheblicher Belästigungen erforderlich ist. Das sind z.B. Hähnchenmastanlagen für über 30.000 Tiere oder Schweinemastanlagen für über 1.500 Tiere.

Wir folgen auch gerne der Einladung zur Besichtigung von Prignitzer Tierhaltungsanlagen, insbesondere für Geflügel und Schweine. Doch zur Beurteilung der Tier-, Menschen- und Umweltverträglichkeit reichen solche Besichtigungen nicht aus. Es wäre sehr wünschenswert, wenn man sich in einem Informationsaustausch über verschiedene Arten der Tierhaltung und ihre Auswirkungen hinsichtlich Ökonomie, Tiergesundheit und Umweltschutz gemeinsam noch sachkundiger machen könnte.

